

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage „Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage „Feiertunden“

Schuldruckerei, Truchlitz-Druckerei von O. H. Keller (Post-Zeitungs-Druckerei)

Beschreibung Zeitung im Oberamt Nagold. — Was ist die Bedeutung dieses Blattes?

Das ist, was die Bedeutung dieses Blattes ist. Es ist ein Blatt, das die Interessen der Bevölkerung des Oberamts Nagold vertritt.

Telegraphische Adresse: Gesellschafter Nagold. Postfach 5118.

Besteht an jedem Sonntag in der Beilage „Unsere Heimat“ mit der Beilage „Feiertunden“.

Bezugspreis im April 1.99. Einzelhefte 1.00. Die einjährige Zeitung mit der Beilage „Unsere Heimat“ kostet 12.00. Die sechsmonatliche Zeitung mit der Beilage „Unsere Heimat“ kostet 7.00.

Nr. 99

Beginn 1826

Montag den 28. April 1924

Fernsprecher Nr. 29

98. Jahrgang

Tagespiegel

Der Landwirtschaftsminister Graf Koch hat auf einer Besichtigung des deutschen Landwirtschaftsministeriums in Bremen das Gutachten der Sachverständigen als eine Grundlage zur Lösung der Entschädigungsfrage, aber nicht als die Lösung selbst bezeichnet.

Belgien und England erklären sich bereit, die Sachverständigenkommission als Gesamtheit zu betrachten und sie zur Grundlage von Verhandlungen zum Zwecke einer praktischen und gerechten Regelung der Entschädigungsfrage zu machen. Die Antwort Italiens trifft heute erst ein, doch erwartet man eine zehntägige Erklärung. Nur Portugal macht Einwendungen, ihm geht das Gutachten nicht weit genug. Ob Portugal wieder als Sieger aus dem Handel hervorgeht, wird sich zeigen.

Die Reichsregierung verhandelt mit der französischen Regierung über den gegenseitigen „Austausch“ weiterer politischer Gefangenen.

Poincaré hatte mit dem englischen Botschafter Lord Cromer eine längere Unterredung über die militärische Ausrüstung Deutschlands und die Entschädigungsfrage.

Nachdem der Neuparter Reichstagsabgeordnete Herrmann in Paris mit den Mitgliedern der Entschädigungscommission sich beprochen hatte, wurde er von Poincaré empfangen.

Die englische Regierung soll von dem Verkauf der Wertpapiere mit der Moskauer Abordnung beabsichtigt sein. Es besteht die Aussicht, daß die Streitfragen gelöst werden können.

Zu dem in Pariser Blättern besprochenen Plan eines französisch-schwedischen Bündnisses erklären die Belgrader Blätter, Serbien werde niemals die russische Rasse gegen das russische Brudervolk unterstützen.

In den Kämpfen gegen die Araber in Syrien haben die Franzosen mehrere Schiffe erlitten. Nach dem „Revue“ verloren sie auf der Straße Alexandrie — Alexandria bei Mahinensgewehr, und in einem anderen Gefecht ein Gebirgskanone und vier Maschinen.

Treibt Deutschland Auswanderungspolitik?

Von Dr. Hugo Wagner.

Der Drang zur Auswanderung will in Deutschland noch nicht zur Ruhe kommen, da das deutsche Wirtschaftsleben trotz gewisser Festigung sich noch nicht in gefährlichen Bahnen bewegt. Im verflochtenen Jahr verzeigte die amtliche statistische Beobachtung der deutschen Auswanderung, die über die deutschen Seehäfen sich bewegte, bis November 1923 bereits 101 000 Seelen. Einschließlich der Ueberlandwanderung und unter Berücksichtigung der Heilquellen der deutschen Statistik werden daher 150—160 000 Menschen, die 1923 der Heimat den Rücken kehrten, nicht zu hoch gegriffen sein. Wir nähern uns also in bedenklichem Maße den Zeiten, da die deutsche Auswanderung (wie z. B. 1880—1890) infolge des Anreizes erhaltender Verdienstmöglichkeiten in Uebersee den Höchstgrad von 200—220 000 im Jahr erreichte.

Man erwäge nun, welchen gewaltigen Abfluß von geistlichen Werten eine in derartigen Ziffern sich darstellende Auswanderung für das deutsche Nationalvermögen bedeutet. Rechnet man, daß von den 150 000 Auswanderern jeder im Durchschnitt 1000 Goldmark mitführt — viele vermöchten unter Einrechnung der Unkosten der Ausreise für Durchführung der Auswanderungsbücherei nur 500 bis 600 Mark abzugeben, gar manche aber legten mehrere 1000 Mark für ihr Ziel des Aufbaus einer neuen Zukunft ein —, so hat man in einem einzigen Jahr eine Summe von 150 Millionen abgewandter Goldmark. Und wieder! Inwieweit, bewußtes, unwillkürliches und unternehmungsgelüste mit ihnen in die Fremde? Da an 123 000 über See gingen und mit deutschen Schiffen fuhren, blieben ebensoviele etwa 200 Goldmark in den Taschen deutscher Reeder. Aber wehe dem Volk, das den Auswanderer als zu verfluchende Waise ansieht und keine Maßnahmen innerpolitischer Natur von den Wirkungen abhängig macht, welche die Auswanderung auf den Geldbeutel der Schiffsgesellschaften ausübt.

Wie hat Deutschland seine Auswanderungspolitik nach innen und außen zu gestalten? Politische Auswanderungspolitik nach außen zu zeigen, dazu vermag das Deutsche Reich von 1924 weder über Nachtstellung noch über Nachkommen Verträge, die es mit Staaten zu schließen gewillt wäre, die einer deutschen Einwanderung ein sicheres und zukunftreiches Feld zu bieten geneigt sind und imstande sind, würden von Seiten anderer Völker manche Durchdringung zu erdulden haben. Es kommt die amtliche Beobachtung der Auswanderungsbewegung sich nur auf schwache Füße stellen. Sie vermochte nicht, lediglich durch das Reichswanderungsgesetz zu bewirken, das seit 1919 eine stille, unermüdliche und selber sich selbst erhaltende Arbeit leistete. Man hat dieser Arbeit heute zu Unrecht den Namen „Reichswanderungsamt“ gegeben.

Von der kolonialen Schuldlage.

Und von der Verzug!

Am 13. Januar 1919 hatte der Rat der Jenseits sich mit einer von dem Präsidenten Wilson aufgestellten Liste der zu erfüllenden Bedingungen einverstanden erklärt, worin der Völkervertrag an erster Stelle stand, gefolgt von den Reparations- und territorialen Fragen, mit den Kolonien als letztem Punkt. Lloyd George schlug am 23. Januar 1919 trotzdem vor, die kolonialen Angelegenheiten zusammen mit der Orientfrage zu behandeln, Clemenceau und Sonnino stimmten zu; Wilson widersprach. Es wurde nun entschieden, daß der Generalsekretär alle Delegationen auffordern solle, innerhalb von 10 Tagen Aufstellung über ihre territorialen Ansprüche einzubringen. Doch schon am folgenden Tage, am 24. Jan., brachte Lloyd George in überraschender Weise die Sache wieder zur Verhandlung. Er erschien persönlich — wie sonst — die 4 Reichskolonien der britischen Kolonien, um ihre Ansprüche auf die deutschen Kolonien geltend zu machen, welche, wie Lloyd George ausführte, von den Truppen der brit. Kolonien erobert seien. Lloyd George gab eine kurze Erklärung ab, worin er darlegte, daß die deutsche Kolonialpolitik schlecht gewesen sei, in Schwerefällen hätten sie abzüglich einer Entschädigungspolitik verfuhr. Das Behauptungsprotokoll des Rates der Jenseits sagt aber das, was folgte, den nachstehenden Worten:

„Alles, was er (Lloyd George) im Namen des britischen Reiches als Besondere sagen möchte, sei, daß er im höchsten Maße dagegen wäre, Deutschland irgendeine seiner Kolonien zurückzugeben.“

Präsident Wilson trat, seiner Meinung nach stimmten alle dafür überein, sich der Rückgabe der deutschen Kolonien zu widersetzen.

M. Orlando stimmte im Namen Italiens und Baron Makino im Namen Japans zu.

Niemand erhob Widerspruch und so war dieses Prinzip angenommen.“

Die Wegnahme der deutschen Kolonien war entschieden, und nun, deutscherseits, stamm der Punkt 5 des Präsidenten Wilsons, veröffentlicht in der Nummer 28 des „Statutes zur Hand, lies ihn genau durch und dann urteile! Aber: Nie davon sprechen, stets daran denken!

den. Aber nun ist auch die noch vielen Richtungen sich nützlich auswirkende Arbeit des Reichswanderungsamts von Reich wegen selbst erdroffelt. Durch Beschluß des Reichskabinetts vom 12. Februar h. J. zu dem Anträge im Reichsrat den Anstoß geben, ist seit dem 1. April das Reichswanderungsamt zu einer überdiesgehenden, mit ganzem Reichsministerium versehenen, Reichsstelle für das Wanderungswesen“ zusammengeschmolzen, das im Reichsministerium des Innern seinen Unterschlupf findet. Der gesamte reichswirtschaftliche Beratungen, wie sie durch zehn Zweigstellen im Reich vertreten war, sind auf 150 000 Auskünfte auf einen weitgehenden Fragenkomplex zu erziehen in der Lage waren, wurde ein lüdes Ende gesetzt. Wertwüßigerweise gerade in einem Augenblick, da die seit September 1923 eingeführten Beratungsgebühren eine Anzahl größerer Zweigstellen in den Stand setzten, sich selbst zu erhalten, ja sogar Ueberflüsse lieferten, eine für ein Reichsamt wohl noch nicht dagewesene Tatsache.

Auswanderung nach Mexiko

Der Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko schreibt:

Die geschäftlichen Verhältnisse liegen in Mexiko heute mehr oder weniger gleich ungünstig wie in allen übrigen Ländern der Erde. Es gibt eine sehr große Anzahl von Arbeitslosen, darunter viele Deutsche, die wochen- und monatelang vergeblich nach Arbeit suchen und in arge Not geraten. Der Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko bemüht sich nach Kräften für diese Leute, indem er durch ein eigenes für diesen Zweck eingerichtetes Stellensvermittlungsbüro für Deutsche der Not zu steuern sucht. Leider ist es gegenwärtig nur möglich, einer sehr beschränkten Anzahl von Arbeitslosen zu einem bescheidenen Unterkommen zu verhelfen. Auch wenn sich die Verhältnisse in absehbarer Zeit bessern sollten, würde immer noch auf eine längere Zeit das Angebot der Arbeitnehmer aller Völker groß und für neu Zuwandernde geringe Aussicht sein. Insofern verdient es die Beachtung der Reichsangehörigen in Mexiko, daß der Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko sich gegenwärtig als Stellensvermittler: 46 Kaufleute, 12 Landwirte, 3 Handwerksmeister, 13 Techniker, 3 Elektrotechniker, 10 Schlosser und Schmiede, 3 Schreiner und Zimmerleute, 1 Kraftwagenführer, 8 Waldhüter, 3 Räder 21 Seite verschiedener Berufe. Hieran ist ein Teil obdachlos und zum Betteln gezwungen, da die Mittel der Hilfslosigkeit nicht ausreichen. Viele konnten als einfache Feldarbeiter untergebracht werden, auch als Leiharbeiter und in ähnlichen unzulänglichen Verlegenheitsarbeiten. Im

mer aber bleibt die Tatsache bestehen, daß 170 Deutsche in Mexiko haushalt ohne jede Arbeit sind, was nach einer Anzahl von Deutschen kommt, die sich nicht an die Stellenvermittlung gewandt haben. Jeder Dampfer, der aus Deutschland eintrifft, bringt weitere Einwanderer aller Berufe, welche vorläufig die Zahl der Arbeitslosen erhöhen werden, ohne Aussicht zu haben, rasch eine auch nur einigermaßen bezahlte Arbeit zu finden. Mexiko verhält es sich mit dem Beruf der Klerge, der Optiker, der Krankenschwestern usw. Der Klergeber ist in der Hauptstadt überfüllt und auch im Innern nicht nur noch wenig Platz für Klerge, die sich mit einer sehr bescheidenen Ertrags begeben wollen. Das gleiche gilt in verstärktem Maße für Optiker und ganz besonders für deutsche Pflegerinnen, Hebammen usw. Ohne feste Anstellung sollte niemand aus Deutschland nach Mexiko auswandern, denn die Möglichkeiten, seinen Fuß im Land zu fassen, sind sehr gering, die Aussichten aber, lange arbeitslos zu bleiben und in Not zu kommen und im glücklichen Fall sehr schwer kämpfen zu müssen, sind dagegen sehr groß. Um dieses auf gut Glück nach Mexiko Auswandernden ein etwas des Los zu ersparen, um weiteres Unglück zu verhüten, bitten wir Sie, im Einverständnis mit der Deutschen Gesandtschaft in Mexiko, diese Seiten in Ihrem geschätzten Blatt zu veröffentlichen.

Die Betändigkeit der Rentenmarkt

In der Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats am 10. April wurde von einem Mitglied die Versicherung getan, daß die Rentenmarkt nur noch 60 Prozent (also eine Mark gleich 60 Pfennig) wert sei. Diese ganz aus dem Zusammenhang gerissene Bemerkung ist von einem Teil der Zeitungen in seltener Unkenntnis des Geld- und Währungswehens in der Richtung ausgenutzt worden, daß die Rentenmarkt als ein unsicheres Geld hingestellt wurde. Reichsbankpräsident Dr. Schacht nimmt daher Veranlassung, an den Präsidenten des Verwaltungsrats der Rentenbank, Staatsminister Lenzke, folgendes Schreiben zu richten:

„Um Mißverständnisse dieser Bemerkung entgegenzutreten, nehme ich Gelegenheit, bei der Fortsetzung der Ausschussberatung vom 11. April auszuführen, daß in der ganzen Welt der Wert des Geldes, gemessen am Preisstand der hauptsächlichsten Waren, gegenüber dem Friedensstand im Durchschnitt u. a. etwa 40 v. H. gesunken ist. Bedauerlicherweise wurden nach diese Ausführungen in bewußter oder unbewußter Verleumdung ihrer tatsächlichen Bedeutung benutzt, um die Sache zu komplizieren, als wolle ich damit eine Unterwerfung der Rentenmarkt gegenüber der Goldmarkt feststellen. Das kann selbstverständlich nicht die Rede sein. In jener Sitzung handelte es sich um eine einfache Feststellung der allgemeinen Erhöhung des Preisniveaus, die der größte Teil aller Waren gegenüber der Vorkriegszeit auf dem Weltmarkt erfährt, die sich naturgemäß in der geringeren Kaufkraft des Geldes und damit auch auf die auf lautenden Währungseinheiten ausdrückt. Da die Rentenmarkt grundsätzlich der Goldmarkt gleichgestellt ist, nimmt sie auch selbstverständlich an diesem Vorgang teil, dem auch die hochwertigen Zahlungsmittel, wie der nordamerikanische Dollar und die schwedische Krone, unterworfen sind. Gegenüber den mehrfach hervorgetretenen Vorwürfen gewissenloser Geschäftsleute, diese Tatsache zu einer Destabilisierung speziell der Rentenmarkt zu benutzen, sowie zur Nichtachtung aller abweichenden Darstellungen in den Zeitungen, erkläre ich ausdrücklich, daß die Rentenmarkt noch wie vor als vollwertiges inländisches Zahlungsmittel anzusehen ist, und die Reichsbank nicht nur den ruhigen Willen hat, die Festigkeit der Rentenmarkt sowohl wie die Papiermarkt unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, sondern auch über wirksame Mittel verfügt, diese Absicht durchzuführen.“

Neue Nachrichten

Das erste Entschädigungsmonopol

Berlin, 27. April. Die Reichsregierung verhandelt mit den Vertretern der Tabakindustrie über die Ueberleitung der Industrie in ein Staatsmonopol, wie es der Sachverständigenbericht verlangt.

Deutsch-chinesische Verhandlungen

Berlin, 27. April. Die Verhandlungen über neue Handelsverträge mit China, die kürzlich ergebnislos abgebrochen worden waren, sind gestern mit den chinesischen Vertretern unter Leitung der am ostasiatischen Handel beteiligten deutschen Kreise wieder aufgenommen worden. Letztere haben in einer Versammlung in Hamburg die von der Reichsregierung China gemachten neuen Zugeständnisse als unannehmbar bezeichnet.

Nach einer Neuermählung soll die englische Regierung auf dem Standpunkt stehen, daß seitens der Pariser Entschädigungscommission gegen die deutsch-chinesischen Verhandlungen keine Bedenken zu erheben seien. Deutschland darf nach dem Verzicht von Versailles bis 1925 keine Handels-



Schwerfdrück ohne Genehmigung der Untergangskommission (ausgeschlossen)

Der 1. Mai

Berlin, 27. April. Die nationalen Verbände haben unter Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage des Reichs und des Beispiel Italiens (die italienische Regierung hat die Arbeiter verboten bzw. auf Ostern verlegt) bei der Reichsregierung beantragt, die Arbeiter zu verbieten. Die Regierung wird dem Antrag keine Folge geben. — Die völkischen Verbände in Spandau haben beschlossen, am 1. Mai unter allen Umständen auch bei Gewaltmaßnahmen der Sozialisten zu arbeiten.

Eine Anzahl Arbeitgeberverbände in Mitteldeutschland hat beschlossen, Arbeiter, die am 1. Mai ohne Erlaubnis den Betrieben fernbleiben, 3-7 Tage auszusperrten.

Die Thüringische Regierung hat nach Wittermeldungen die Behörden angewiesen, für den 1. Mai keine Ausnahmen von dem bestehenden Verbot politischer Umzüge oder Versammlungen unter freiem Himmel zu gewähren.

Geplante Störung der Reichstagswahlen

Berlin, 27. April. Die Polizei beschlagnahmte gestern Briefe, aus denen hervorgeht, daß die Kommunisten eine allgemeine Störung der Reichstagswahlen am 4. Mai vorbereiten. Mehrere Kommunisten wurden verhaftet.

Einigkeit unter den Verbänden

Paris, 27. April. Im „Echo de Paris“ schreibt Fernand, die belgische Regierung beantrage in verschiedenen Punkten das von Poincaré vorgeschlagene Vorgehen bezüglich der bevorstehenden Regierung der Entschädigung. Es sei nach belgischer Auffassung der Entschädigungskommission unzulässig, auf Grund der Sachverständigenberichte einen neuen Plan aufzustellen, ohne daß die Regierungen sich vorher über die Verantwortlichkeit der Entschädigung, die prozentmäßige Verteilung und das Vorrrecht der Zahlungen, die Sanktionen und die Übergangsverwirklichung im Ruhrgebiet geeinigt haben. Auch England sei dieser Ansicht, während Poincaré umgekehrt zuerst von der Entschädigungskommission einen Plan verlange. Nach der Rede Mac Donaldis in York seien die Zweifel verflüchtigt worden, ob die Verhandlung zwischen den Verbänden gelingen werde. (Mac Donaldis hatte erklärt, daß der Sachverständigenvorschlag als Ganzes angenommen werden müsse und daß nicht ein „politischer“ Teil abgetrennt werden dürfe.)

Stimmte italienische Provinz

Rom, 27. April. Der Ministerrat hat beschlossen, Stimm als Provinz Quasiro dem italienischen Staat anzugeben.

Deutschenverfolgung in Südbavien

Belgrad, 27. April. Die Regierung hat alle Ortsvereine des Deutschen Kulturbunds aufgelöst, die Schriften und Listenbestände beschlagnahmt und die Vereinsräume gesperrt. Die Deutschen befürchten, daß auch die deutschen Mittelklassen geschlossen werden.

Ein schwerer Irrtum

Washington, 25. April. Nach der Ansicht amerikanischer Sachverständiger ist in dem „Sachverständigen-Bericht“ Mac Kennas (2. Ausschuss) ein schwerer Irrtum unterlaufen, indem Mac Kennas dem „geschätzten“ amerikanischen Kapital auch die von Amerika zurückbehaltenen Werte, Schiffe etc. zugerechnet hat. Die von Mac Kennas angenommene Summe müsse von 6,75 auf höchstens 4 Milliarden Goldmark herabgesetzt werden.

Fortsetzung des spanischen Diktatoriums

Madrid, 27. April. Der Präsident des Ministerrats erklärte Zeitungsveteranen gegenüber, seine Reisen nach Barcelona, Saragossa und Valencia haben ihn überzeugt, daß die Verdichtung des Fortbestehens des Diktatoriums wünschenswert sei, und er werde dem König in diesem Sinne berichten. Der neugegründete Vaterländische Bund habe mit den früheren politischen Parteien nichts zu tun, sondern sei eine Vereinigung aller derjenigen, die die ständige Wahrung des Direktoriums als politische Hauptaufgabe ansehen.

Cooldge vermittelt

Washington, 27. April. Havas berichtet, Präsident Cooldge bemühe sich, eine vermittelnde Form des Einwandungsabkommens zu finden, die dem Willen des Parlaments auf Eindämmung der japanischen Einwanderung Rechnung trägt, ohne die Japaner zu verletzten. — Der Belg soll also ohne Rülse gemacht werden.

Württemberg

Stuttgart, 27. April. Wegen die Steuerübertragung. In einer Vertreterversammlung der Handwerker- und der Handwerkskammern, der Industrie, Banken und Versicherungsgesellschaften wurde in einer Entscheidung gegen die Heberhebung der Gewerbesteuer und der Wohnsteuerabgabe Widerspruch erhoben.

Die Berechtigung der Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer nach der alten Gewerbesteuerverordnung für 1922 ist unmöglich. Der Ertrag des Jahres 1921 kann nicht erhoben werden. Die Zahlungen in Württemberg dürfen nicht ein Mehrfaches der Leistungen in anderen Einzelstaaten betragen. Die Regelung der Gewerbesteuer muß schleunigst auf folgender Grundlage geändert werden: Die monatlichen Vorauszahlungen sind ausschließlich auf die Hälfte der Einkommenszahlungen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer einzufrieren. Die geforderten Nachzahlungen für die Monate Januar bis März sind zu freieren. Der Gehalt der Wohnsteuerabgabe ist untragbar. Die Regelung hat auf neuer geordneter Grundlage zu erfolgen unter Berücksichtigung der bisherigen freiwilligen Vorauszahlungen zur Wohnsteuerabgabe. Die württembergische Regierung, daß die neue Regierung sofort für die nachträgliche Note der Zahlungen im Mai diejenige Erleichterung schafft, die im Interesse der Erhaltung der Lebensfähigkeit von Industrie, Handel und Handwerk unbedingt erforderlich ist und daß der neue Bund die

Wählerinnen

auf Euch kommt es diesmal an. Auf 4 lange, schicksalsschwere Jahre müssen wir eine Regierung wählen. Nicht allein die müssen darunter leiden, wenn wir eine Regierung bekommen, die unfähig ist, die deutschen Belange gegenüber den Feinden gebührend und würdig zu vertreten. Aber wissen müßt Ihr, was die Parteien wollen. Deshalb

Wähler

lest den „Gesellschafter“, der Euch gewissenhaften Rat gibt über alles, was wirklich zu wissen wert ist. Er ist

eine

große Hilfe und hilft die Entscheidung erleichtern. Deshalb auf zum neuen Weg, bestellt Eure

Zeitung

die sich zum Ziel setzt, ein Ornatblatt allen Kreisen und der ganzen Bevölkerung zu sein.

Veränderungen der unter Finanzminister Schall erlassenen Anordnungen als eine seiner ersten und wichtigsten Aufgaben betrachtet, daß unter grundlegender Umgestaltung der bisherigen Regelung der Gewerbesteuerzuschlägen und der Wohnungsabgabe die bestehenden Sätze auf ein gerechtes und tragbares Maß zurückgeführt werden.

Das Kultusministerium und der 1. Mai. Das Kultusministerium hat dem Gesuchen der Vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart, einen der sog. demagogischen Feiertage auf den 1. Mai zu verlegen, abgelehnt. Das Ministerium war ebenso wie die drei beteiligten Oberstaatsbehörden der Auffassung, daß keine Notwendigkeit besteht, auf den 1. Mai einen beweglichen Schulfesttag zu legen, da der Erfolg vom 31. März bis 1. Mai, wonach die Erziehungsberechtigten vor dem 1. Mai im Urlaub für den genannten Tag beim Klassenlehrer nachsuchen können, den vollständig bestehenden Verhältnissen und Bedürfnissen in hinreichender Weise Rechnung trägt.

Städtische Geschäftssteuer. Der für die Berechnung der Getränkesteuer maßgebende einheitliche Kleinhandelsdurchschnittspreis ist in Stuttgart für April mit Zustimmung der Vertreter des Wirtschaftsrates für Wein (mit Ausnahme von Fleischwein) und für weinähnliche Getränke auf 1,00 M für das Liter, für Obstmost, Obstsaft und andere weinähnliche Getränke auf 40 Pf für das Liter festgesetzt worden. Demgemäß beträgt die Getränkesteuer im April für 1 Liter Wein 5 Pf, aus 1,00 M) 9 Pf, für ein Viertel Liter 24 Pf, für 1 Liter Most 2 Pf.

Von der Württ. Volksbühne. Die Gesellschaftsversammlung der Württ. Volksbühne hat den Spielleiter am Württ. Landes-Theater, Herbert Reich, einstimmig zum verantwortlichen Leiter der Volksbühne gewählt. Herr Reich wird als beratender auch weiterhin im Verband des Landes-Theaters verbleiben und die wünschenswerte Verbindung zwischen beiden vermitteln.

Herrenberg, 27. April. Schulaufbau. Die fleißige Realchule ist zu einer lehrtauglichen Kaskade ausgebaut worden.

Wüblingen, 27. April. Schule. Die Städtische Realschule ist an die Städtische Gewerkschule angeschlossen worden.

Freudenstadt, 27. April. Eingemeindung. Der Gemeinderat beschloß, dem Wunsch der Teilgemeinde Jostelberg auf Eingemeindung nach Freudenstadt Rechnung zu tragen. — Der Ausbau der Murgalbahn wird, da die erforderlichen Mittel noch nicht vorhanden sind, nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums noch mindestens zwei Jahre aufhalten.

Waiblingen, 27. April. Verkehr. Die Stadtverwaltung ist neuerdings an die Oberpostdirektion zwecks Verbesserung der Verhältnisse auf der Reichswagenlinie Waiblingen-Rosenfeld herangetreten. Der Kraftwagen soll Sommer wenigstens 3mal täglich von und nach Rosenfeld verkehren. Die Stadtverwaltung würde einen einseitigen Abmangel der Linie bedauern.

Waiblingen, 26. April. Tillyscher Angriff auf einen Feldjägerbeamten. Am Freitag nachmittags 2.30 Uhr wurde der Feldwächter Raas von Schanbach auf der Straße Schanbach-Wüblingen bei der Nachprüfung des Wunderrichters Alois Steinbach von Offenau von diesem nach einem kurzen Wortwechsel durch zwei Messerstiche in den Rücken schwer verletzt. Steinbach ging unter Zurücklassung seiner Herde flüchtig. Er stellte sich jedoch auf der Polizeiwache Oberwiesingens freiwillig der Verfolgung.

Dürenau, 26. April. Schöpfung. 26. April. Vom Blitz erlagene. Freitag nachmittags gegen 2 Uhr wurde während eines kurzen Gewitters der 36 Jahre alte Bauer Wilhelm Röllert, der auf dem Felde beschäftigt war, vom Blitz getroffen und sofort getötet. Mehrere in seiner Nähe weilende Personen wurden verletzt.

Neuenburg, 27. April. Kandidaturverbot. Nach Mitteilungen hat Michael v. Reppel dem Prof. Dr. F. K. die Annahme der Kandidatur für die Württ. Bürgerpartei verboten. Da das Verbot verfassungswidrig nicht zulässig ist, wird Aufklärung des Ansehens strengen Falls erwartet.

Kosteln, 27. April. Erdbeben. Am Mittwoch Abend gegen 9 Uhr wurde hier ein kurzer leiser Erdstöß verspürt.

Trostschlingen in Hohens. 27. April. Die Interessen der Bedigen. Zur Gemeindevahl wurden hier fünf Wahlvorschläge eingereicht, darunter auch ein Vorschlag der Bedigen, die ihre Interessen nicht durch ortsheimliche Bürger vertreten lassen wollen.

Die Schiffsfrage und die Parteien. Der Reichsoberhandlungsrat, Eltern- und Volksbünde, prüft die größte Mitgliederorganisation auf europäischer Seite, hat vor kurzem an die verschiedenen politischen Parteien eine Anfrage gerichtet, ob sie für eine möglichst rasche reichsgesetzliche Regelung der Schiffsfrage eintreten, bei der das Elternrecht nach Art. 120, 145 Abs. 2 und 147 Abs. 2 zur vollen Geltung kommen soll.

hing kommt. Die Eigenart der Konfessionschule für die evangelische Kinder anerkannt und gesichert, und ihre Gleichberechtigung mit den übrigen durch die Reichsregierung ermöglichten Schularten und ihre volle Entfaltungsfreiheit gewährleistet werde, wobei als Rechtslage im Sinn des Art. 174 der Reichsverfassung der Rechtszustand vom 1. Okt. 1918 zu gelten hätte.

Auf diese Anfrage haben bisher die Deutsch-Völkische Freiheitspartei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklärt, für alle diese Forderungen eintreten zu wollen. Die Deutsch-demokratische Partei hat sich für die Gemeindefreischule erklärt, die Schüler aller Weltanschauungen vereinigt. Die Kommunistische Partei will mit aller Entschiedenheit die weltliche Schule für alle Kinder verfechten, wobei den Eltern freistehen soll, ihren Kindern außerhalb der Schule privaten Religionsunterricht erteilen zu lassen. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auf die Anfrage bisher keine Antwort gegeben.

Aus Stadt und Land.

Magdeburg, den 28. April 1924.

Wahlversammlung der deutschen Volkspartei. Die deutsche Volkspartei hatte auf gestern mittags 4 Uhr zu einer öffentlichen Wählerversammlung im Traubenlokal eingeladen. Herr Reichsmann Huber begrüßte die Erscheinenden, die wohl infolge des Frühmorgens nicht so zahlreich waren wie die Ausführungen des Redners verdient hätten, und wies darauf hin, daß die deutsche Volkspartei vor allem eine nationale und eine liberale Partei sei. Darauf nahm der Spitzenkandidat der deutschen Volkspartei für den Reichstag in Württemberg, Herr Helmut Stiles, das Wort zu folgenden Ausführungen: Vor 4 Jahren sei die deutsche Volkspartei in den Wahlkampf getreten als Partei des Wiederaufbaus. Sie habe sich in schärfster Opposition zur Regierung befunden, habe in der Revolution das größte Verdienst gesehen, sie habe gekämpft gegen den Geist der Revolution, der uns die legitime Regierung und Symptomata im Ausland genommen habe, sie habe energisch gekämpft gegen die Lage von der alleinige Schuld Deutschlands am Weltkrieg. Auch heute noch sei es eine ihrer vornehmsten Aufgaben, gegen diese Schuldfrage zu kämpfen, ein Umschwung bei den Eltern, wenigstens in den intellektuellen Kreisen sei deutlich zu erkennen, wenn auch für eine großzügige Propaganda in den neutralen und Feindländern noch nicht die Zeit gekommen sei, da diese Länder noch nicht voll zur Erweiterung dieser Frage seien. Die Revolution sei für gewisse aller großen nationaler Gedanken, sie sei in einen Lohnkampf ausgeartet, in ein Jagen nach gut bezahlten Stellungen. Doch erkennen er nicht das Verdienst der Sozialdemokratie, vor allem denkt er an Roßts, das darin bestanden habe, daß sie die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland abgewendet habe, die nicht zu unterschätzen gewesen sei und auch heute noch nicht überwunden sei, wie die Ausführungen über eine Weichmorchsalina der Kommunistischen Partei die „Tschala“ gezeigt haben.

1920 habe die deutsche Volkspartei 67 Mandate errungen, sei zu einer der stärksten Parteien im Reichstag angewachsen, da habe sich notwendigerweise die Verpflichtung ergeben, positiv an der Regierung des Reiches mitzuarbeiten. Sie habe ihren besten Mann zum Opfer gegeben und damit auch die Partei als solche, aber sie habe noch ihrem obersten Grundgesetz gehandelt: „Das Vaterland über die Partei“. Es sei eine Tragik im Leben Stresemanns gewesen, daß er, ein Mann mit dem besten vaterländischen Empfinden, den Ruhrkampf habe beenden müssen, der längst unterschätzt gewesen sei und ihm selbst (dem Redner) zählte es zu seinen schmerzhaften Erinnerungen, als er, während des Ruhrkampfes im Ruhrgebiet weiland, den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten in allen Kreisen der Bevölkerung gefunden habe. Der Verfall der Friedensverträge müsse gestiftet werden, aber nicht auf diese Art, wie es sich die radikalen Parteien vorstellten; auch in Zukunft werden wir zahlen müssen bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit, wir müssen schwere, harte Opfer bringen. Das Organ der Sachverständigen könne — wohl schwerer Drogen — zur Grundfrage von meistent Verhandlungen genommen werden, doch müssen wir fordern, daß die volle Souveränität über alle deutschen belagerten Gebiete wieder hergestellt werde, daß die Beziehungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden und daß alle Schwere heilgehalten würden. Wir müssen Verträge machen, kein anderer Weg bleibe uns offen, da uns Waffen — nicht ohne deutsche Schuld — fehlen. Alles Gerede über freiwillige Entschädigungen und Kompensations im Osten seien Panaceen und demagogische Verführungsmittel. Rhein und Ruhr, das sei die deutsche Frage. Auch das Wort Bismarcks habe seine große Bedeutung, daß große Fragen in der Weltgeschichte nur mit Blut und Eisen zu entscheiden seien, aber der Deutsche handle unklug, wenn er von jedem Stapelhaufen eines deutschen Schiffes ein großes Geschütz von dem Wiederaufbau unserer deutschen Flotte — oder in einem anderen Fall der deutschen Flugzeugindustrie mache.

Um den Tag der endgültigen Abrechnung herbeizuführen, sei eine nationale Einheitsfront notwendig, die Gegenkräfte müßten verschwinden, wir müssen eine Volksgemeinschaft — zusammengefaßt durch Not und Bedrückung — werden. Nicht das Bekämpfen der Parteien, der Vorwurf der einen an die andere, da ist nicht national eingestellt, bringe uns empor, sondern die tiefe Überzeugung, daß das Vaterland das Höchste sei und die Partei etwas ganz Kleines.

Wir müssen eine Politik der Vernunft treiben. Er wolle die Jugend verstehen, die sich auf ruhiges, vernünftiges Handeln nicht einstellen, aber wenn die Jugend hier über die Stränge schlage, so sei das die Schuld der Führer, die die gesunde nationale Bewegung der Jugend in solche Bahnen gelenkt habe. Die Sozialdemokratie habe hier kein Recht, Vorwürfe zu erheben, denn die Jugend könne sich nie in die Gedanken an Internationalismus, Pazifismus und Völkerverbund einleben. Doch es sei zu bedauern, daß Preußen vor 100 Jahren auch nicht durch Schill — den ungeklärten Dränger — befreit worden sei, sondern durch die Flare, oft von nationalen Kreisen angegriffen, Arbeit des Freiherren von Stein.

Die deutsche Volkspartei kämpfe für den Mittelstand und damit gegen die Sozialdemokratie, die das Vertrauen zu Staat u. Regierung schwer untergraben habe. Sie fordere bester Befolgung der Beamten — Befestigung der Zwangsverwaltung

— Kuffen...
habet müß...
auch klar...
kommenden...
Die gr...
eingegangen...
habe ihre...
menzregie...
Eine marg...
ortrieben...
Ehringen...
Deutschland...
Ständent...
weibbare...
ein Beiz...
Eüßer...
und auf...
daß es b...
verherr...
hindurch...
Der R...
Jahalt reid...
vollen und...
der deut...
nachfolgend...
schlechte...
bei Mal...
damer groß...
stame Kul...
erwähren...
eine R...
Herr B...
wohl end...
auch seine...
Seminar...
sei der Auf...
jeden, bes...
ein solch...
zeiten nicht...
Nachde...
Siblie, I...
empgegr...
ber, der A...
Reichsman...
an der W...
Wahl...
Herrn, O...
nach keine

Vertre...
abend 8 U...
H. Dehan...
die Wahl...
viele ent...
(E. Ang...
Von...
Wärmebe...
der Blick...
einer Ab...
den, Bayer...
Eichhöf...
Eichhöf...
der Film...
Naturau...
ber in eine...
ermögl...
Fl Reich...
flam in...
jüngliche...
regierung...
Handw...
In den n...
Kündigung...
und über...
verwand...
ka. Kam...
beim Ban...
Zimmer...
Jahre...
vordrude...
Übergeb...
dem Land...
sur an den...
geben. Di...
Reichsbe...
jahrts...
Eubern in...
Loney des...
auftrug...
Sindern...
Kritik...
Der M...
H auf den...
den. Bon...
lung nach...
für die Be...
Wachrie...
60 Wort...
Währung...



